

ICKINGER SCHAUKASTEN

Herausgegeben von der Ickinger SPD

28. Jahrgang, Oktober 2011 | Nr. 84

Energiewende in Icking angekommen

Wie kein anderes Thema hat uns Ickinger Sozialdemokraten die Atomenergiefrage von Anfang an beschäftigt. In den vergangenen Tagen sind uns wieder unsere alten Anträge gegen die Einführung dieser, nach unserer Meinung nicht zu verantwortenden, Energiegewinnung in die Hände gefallen. Die jetzt erneut (nach dem ersten Ausstieg durch Rot-Grün im Jahre 2000) beschlossene Abkehr von der Kernenergiegewinnung erfüllt damit eine unserer uralten Forderungen. Wir haben also Grund zur Freude.

Aber Vorsicht – das ist ja nicht alles gewesen. Im Gegenteil, jetzt geht's erst richtig los. Nur mit Ausstieg ist hier nichts erreicht. Wir müssen uns mit aller Kraft, Entschlossenheit und Kreativität um neue Energiegewinnung und vor allem -einsparung kümmern. Für einen schnellen Umstieg kann das zunächst – da die Entwicklung alternativer Lösungen noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird – nur heißen, Sonne- und Windenergie intensiver zu nutzen.

Der Wechsel will beherrscht werden

Dass das aber nicht so »hoppla hopp« funktioniert, zeigt sich bereits; die Tageszeitungen berichten laufend. Die

Akzeptanz in der Bürgerschaft spielt heute mehr denn je eine entscheidende Rolle. Zu dieser Thematik haben sich unsere Mitglieder L. Haerberlein, A. v. Hofacker und A. Spahn in diesem Schaukasten Gedanken gemacht. Silvia



Silvia Matthies
Journalistin

Matthies fasst in einem Beitrag zusammen, was sie sehr umfangreich und sensibel in der Dokumentation »Wege aus der Atomfalle – Kernfragen der Energiewende« geschildert hat (Sendung ARD/BR vom 6. Juli 2011). So wird sichtbar, dass man dieses komplexe Thema von verschiedenen Werten aus Betrachten kann und muss.

Und man sieht sehr deutlich, was auf uns zukommt. Auch die Gemeinde Icking ist zu sofortigem Handeln gezwungen, nämlich die planerischen Voraussetzungen für eine umwelt- und sozialverträgliche Realisierung alternativer Ener-

giegewinnung auch in Icking – hier besonders der Windenergie – über das Mittel der Bauleitplanung zu steuern. Und diese Entscheidungsfindung muss in engem Kontakt mit den Bürgern unseres Ortes geschehen, denn schließlich wollen wir kein »Stuttgart 21« in Icking erleben.
G.J.

Und noch ein – wenn auch kleinerer – Wechsel in Icking

Unser bisheriges Gemeinderatsmitglied, Martina Mayer-Voigt musste aus beruflichen Gründen ihr Mandat zurückgeben. Lisa Höflich-Haerberlein, unser langjähriges Mitglied, rückt für sie nach. Lisa Haerberlein war nicht nur unsere OV-Vorsitzende, sondern engagierte sich auch kommunalpolitisch im »Forum« und in den Vereinen. Ihr liegt Sport und Jugend besonders am Herzen. Als Volkswirtin ist ihr das Thema Finanzen nicht unbekannt und ebenso engagiert sie sich für den Einsatz regenerativer Energie.

Wir sind sicher, dass Lisa eine Bereicherung für den Gemeinderat darstellt und wünschen ihr in ihrer ehrenamtlichen Aufgabe viel Freude – und uns eine lebhaftige Zusammenarbeit!

Die Schaukastenredaktion

Windkraftanlagen – ja, aber wie?

Von Silvia Matthies

Kommunen von der Staatsregierung alleingelassen?

Der Ausstieg aus der Atomkraft ist für viele von uns alternativlos. Doch der jetzt weitgehend beigelegte, erbitterte Streit um die Windkraftanlagen in den Wadlhauser Gräben hat es gezeigt: Bei der flächendeckenden Einführung neuer Technologien – auch wenn sie noch so umweltfreundlich und wünschenswert sind – braucht es klare Spielregeln. Vor allem aber klare Vorgaben, was dem Bürger zuzumuten ist und was nicht. Das hat die Bundesregierung bisher versäumt. Und die Bayerische Landesregierung, die bisher den Ausbau der Windkraft abgelehnte, hat mit ihrem überraschenden 180-Grad-Schwenk in der Energiepolitik die Gemeinden vor eine Zerreißprobe gestellt. Denn der Bau von Windkraftanlagen ist privilegiert. Er kann jetzt innerhalb von drei Monaten genehmigt werden. Lärmgutachten sollen nur noch dann notwendig sein, wenn die Anlagen näher als 1000 Meter zur Wohnbebauung stehen. Das heißt: In der momentan herrschenden rechtlichen Grauzone können Investoren die Windkraftanlagen durchaus in die Nähe der Wohngebiete bauen. Nicht zu Unrecht monierte unlängst die Ickinger Bürgermeisterin Margit Menrad: »Wir werden hier von der Staatsregierung allein gelassen«.

Lärmbelästigung – Persönlich erlebt

Als Faustregel gilt bisher bundesweit die dreifache Anlagenhöhe als Abstand zur Wohnbebauung. Ein Abstand, der erst einmal vernünftig zu sein scheint. Bei näherer Betrachtung ist allerdings fraglich, inwieweit die Anwohner vor Lärmbelästigung geschützt sind. Zweifel kamen mir zum ersten Mal, als mein Kamerateam und ich im Frühsommer für die ARD-Dokumentation »Wege aus der Atomfalle – Kernfragen der Energiewende« zu Dreharbeiten nach Bremen fuhren. Es ging um die Frage: können Windräder wirklich so störend sein, wie viele Anwohner behaupten? So recht glauben wollten wir es nicht, als wir Angelika

Windkraftanlagen...



...seit über
100 Jahren –
und mehr...



...Windräder in grüner Landschaft

Kutschbach in der Seehausener Straße in Bremen besuchten. Sie wohnt in einer idyllischen Straße mit liebevoll restaurierten alten Bauernhäusern und hübschen Einfamilienhäusern. Rund um das Ortsgebiet haben sich Industrieanlagen angesiedelt. Außerdem Windparks, deren Schallimmissionen Angelika Kutschbach und ihre Nachbarn als »Körperverletzung« bezeichnen. Beim Vorgespräch zum Interview saßen wir – bei geschlossenen Fernstern – in Angelika Kutschbachs Wohnzimmer und versuchten, uns selbst ein Bild von der Lärmbelästigung zu machen. Noch waren wir äußerst skeptisch.

Die Windverhältnisse an diesem Tag waren für Bremer Verhältnisse durchaus normal. Doch schon nach kurzer Zeit ließ es sich nicht mehr ignorieren: In regelmäßigen Abständen war ein ständig auf- und abschwellendes Wummern, Schlagen und Schieben zu hören. Das ging an die Nerven. Wir fühlten uns zunehmend unwohl. Jetzt verstanden wir, warum die Anwohner erbittert gegen die Windkraftanlagen kämpfen. Der Protest, der oft als hysterisch abgetan wird, war jetzt in unseren Augen durchaus gerechtfertigt.

Niemand von uns, da waren wir uns einig, möchte so wohnen.

Auch Sympathisanten der Grünen wehren sich

Die Straße, in der das Ehepaar Kutschbach wohnt, wird an beiden Seiten von Windrädern flankiert. Die 150 Meter hohen Anlagen stehen in einem Abstand von 400 bis 600 Metern zur Wohnbebauung.

Eigentlich leben die Anwohner schon seit vielen Jahren mit Windrädern. Bisher waren diese aber nur 100 Meter hoch. Sie störten in der Seehausener Straße niemanden, weder akustisch noch optisch. Die meisten Anwohner sind prinzipiell für erneuerbare Energien, viele sind überzeugte Wähler der Grünen. Doch dann, Anfang 2011, tauschte ein neuer Investor die alten Windräder gegen neue, 150 Meter hohe Anlagen aus. Seitdem herrscht in der Seehausener Straße Aufruhr. Die Anwohner sind verzweifelt, viele klagen über Schlafstörungen, Kopfschmerzen und Unruhezustände. Einige, vor allem die Älteren, haben Herzrhythmus-Störungen.

Weder abends und nachts noch an den

Wochenenden herrscht Ruhe, sagen sie. An windstarken Tagen gehen die meisten nicht mehr in ihre Gärten. Dort soll die Lärmbelastigung unerträglich sein.

Das wollen die Bürger nicht mehr länger hinnehmen. Sie haben eine Bürgerinitiative gegründet. Der Abstand zur Wohnbebauung, meinen sie, muss mindestens zehn Mal so groß sein, wie die Anlagen hoch sind. Doch in der allgemeinen Euphorie für erneuerbare Energien scheint es schwierig zu sein, sich Gehör zu verschaffen. Auch der Bremer Senat wiegelte – zumindest bisher – ab.

Unser Resümee

nach den Dreharbeiten, bei denen wir in verschiedenen Abständen die Schallmissionen getestet haben: Nach etwa 1500

Metern hörte man von den Anlagen nichts mehr.

Erneuerbare Energien sind die Zukunft – im Rahmen der Energiewende ist ihr Ausbau unerlässlich. Doch jetzt ist der Staat gefordert, einheitliche Normen und erträgliche Bedingungen für die Anwohner zu schaffen. Er kann es nicht den Verwaltungsgerichten und einzelnen Gemeinden überlassen, in jedem Einzelfall die Spielregeln auszuhandeln. Das Problem: Unabhängige, staatliche Langzeitstudien zur Lärmbelastigung und einheitliche Normen existieren nicht. Im Bundesumweltministerium sagte mir der Sprecher, »das sei Landesrecht oder auch kommunales Baurecht. Da können wir uns nicht einmischen, sonst bekommen



wir föderale Klassenkeile». Auf die Frage nach Langzeitstudien verwies er auf das Bundesumweltamt. Dort hieß es »man entwickle gerade einen Forschungsplan, der gesundheitliche Schäden zum sog. »niederfrequenten Schall« untersuchen soll. Ein Hoffnungsschimmer, doch das heißt im Klartext:

> Fortsetzung Seite 4

KOMMENTAR

Energiewende ja, aber bitte nicht vor meinem Haus.

Von Alfred von Hofacker

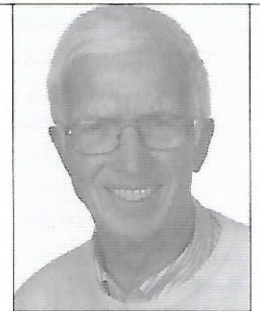
Schon wieder haben die Schäftlarnen und Irschenhauser Bürger Anlass sich zu einer Bürgerinitiative zusammenzuschließen, um Unheil zu verhindern nach der bewährten Methode – und das meine ich nicht sarkastisch »wehret den Anfängen«.

Erst der Mobilfunk – jetzt die Windräder

Ging es vor 1 ½ Jahren noch darum eine Mobilfunkantenne des Betreibers O2 auf Irschenhauser Flur zu verhindern, so geht es jetzt um eine größere Windenergieanlage (WKA) in den »Wadlhauser Gräben« westlich der Autobahn zwischen Mörlbach und Neufahrn; das Gebiet gehört zur Gemeinde Berg. Die Gemeinde Berg hat ihren Flächennutzungsplan geändert und eine sog. Vorsorgefläche für die Errichtung einer WKA ausgewiesen. Nur so konnte sie die Errichtung eines weiteren Windrades auf privaten Grund in Aufkirchen, ohne Wahrung von eigenen Abstandsflächen zur nächsten Wohnbebauung, verhindern. Bei der WKA in den Wadlhauser Gräben ist eine Abstandsfläche zur nächsten Wohnbebauung von mindestens 1000 m vorgesehen. Diese wird sich noch vergrößern, wenn die WKA ausschließlich auf Berger Grund, d.h. westlich der Autobahn errichtet wird.

Ich möchte jetzt nicht im einzelnen auf die von der Bürgerinitiative geäußerten Bedenken eingehen; sie werden im Baugenehmigungsverfahren zu prüfen sein, so auch die naturschützerischen Bedenken und der Lärmschutz. Der Landesverband für Vogelschutz (LBV) plädiert beispielsweise in einem Thesenpapier dafür, dass der Focus bei der Errichtung von WKAs darauf Wert legen sollte, dass bereits

vorbelastete und hinsichtlich des Artenschutzes relativ unproblematische Standorte, wie Gewerbegebiete oder Bereiche entlang von Autobahnen stärker als bisher für den Ausbau der Windenergie genutzt werden sollten.



Neue, dezentrale Energieerzeugung ist neue Herausforderung an Betreiber und Bürger

Worum es mir geht, ist: die Politik hat sich vor dem Hintergrund des Reaktorunglücks von Fukushima mittelfristig von der Atomenergie verabschiedet. Sie setzt auf erneuerbare Energien und Energiesparen. Man ist sich einig, dass dieses Ziel nur mit Hilfe von Windenergie erreicht werden kann, sie würde dabei den größten Anteil an der Stromerzeugung bereitstellen. Dies ist auch ein großer Beitrag zum Klimaschutz und somit zum Erhalt der biologischen Vielfalt.

In der Energiepolitik geht es aber stets auch um das Verhältnis zwischen Bürger und Industrie, zwischen Bürger und Staat. Auf dem Weg weg von der Atomenergie hin zu erneuerbaren Energien und Energiesparmaßnahmen ist es unerlässlich, dass wir uns als einzelne Bürger bewusst machen, welche Rolle wir in einer stärker dezentral organisierten Energiewelt spielen können und müssen.

Das WKA – Projekt in den Wadlhauser Gräben gibt uns Bürgern Gelegenheit, diesen Bewußtseinsprozeß zu fördern und dabei das Interesse betroffener Bürger gegenüber dem Anliegen, die Energiewende erfolgreich zu schaffen, sorgfältig abzuwägen.

Vorsorge ist besser als heilen

Eine unabhängige, staatliche Forschung steckt in den Kinderschuhen. Und die bereits existierenden Studien der Betreiber zur Lärmbelastigung sind nur bedingt aussagekräftig. Es ist nicht auszuschließen, dass wirtschaftliche Interessen gesundheitliche Fragestellungen dominieren. Und so besteht die Gefahr, dass Investoren die rechtliche Grauzone und den

Wirrwarr an föderalen Bestimmungen nutzen, um Windparks da zu bauen, wo sie die billigsten Grundstücke ergattern. Im Bundesumweltamt und im Bundesumweltministerium weiß man das.

Mein Fazit: Die Belange der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Nicht alle Proteste sind grundlos.

Das zum Glück jetzt beigelegte Fiasko um die Wadlhauser Gräben hätte – wie in vie-

len anderen deutschen Gemeinden – vermieden werden können. Windkraftanlagen gibt es in anderen Bundesländern schon seit vielen Jahren, Bürgerproteste und Klagen vor den Verwaltungsgerichten häufen sich. Der Staat hätte mit unabhängigen Untersuchungen längst für klare Verhältnisse sorgen können. Dann würde auch die dringend notwendige Energiewende mehr Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Martina Mayer-Voigt verlässt den Gemeinderat

Von Wolfgang Bambuch

1996 wurde Martina Mayer-Voigt über die SPD-Liste als Parteifreie in den Gemeinderat gewählt. Als ich dort 1998 Gerd Jakobi ablöste und ihr Fraktionskollege wurde, war sie als Jugendreferentin schon länger bemerkenswert aktiv: Betreuung des 1996 gegründeten und z.T. stark auf- und heimgesuchten Jugendtreffs »Exil«, initiativ und aktiv für die Teilnahme Ickings am Bundeswettbewerb »Kinder- und familienfreundliche Gemeinde«, für die jährliche Ferienpassaktion des Landratsamts und, und ...

Das »Exil« litt immer wieder unter jugendlichem Sturm und Drang der Nutzer. Martina setzte sich, wiewohl öfters über eine mangelnde Unterstützung durch den Gemeinderat klagend, 2002 für eine neuartige Abhilfe der Missstände durch eine pädagogische Fachkraft fürs »Exil« ein. Später noch einmal, beim »Jugendhochdrei«, für eine gemeinsame in Egling/Icking/Münsing abwechselnde Betreuung durch eine professionelle Jugendbetreuerin. Neben diesen Herausforderungen war natürlich ihre Mitarbeit für die allgemeinen Themen im Gemeinderat gefragt.

Uns allen erinnerlich ist ihre Kandidatur bei der durch den Tod von Hubert Guggenmos bedingten Bürgermeisterwahl 2006, wiederum auf der SPD-Liste. Sie wollte ihre Erfahrung aus der 10-jährigen Tätigkeit im Gemeinderat – und aus einem langen Berufsleben als Sozialpädagogin und Therapeutin – in ein Engagement für unsere Gemeinde umsetzen. Sie gehörte zu den Fünfen, die nicht gewählt wurden. Anders bei den letzten Gemeinderatswahlen zwei Jahre später: Als Einzige aus unserer Liste zog sie (wieder) in den Gemeinderat ein. Das Amt der Jugendreferentin legte sie wegen der damals schon wachsenden beruflichen Belastungen nieder.

Die Hauptthemen des Gemeinderats dieser letzten drei Jahre sind wohl noch bekannt. Martina berichtete mit gewohntem Elan im Ortsverein in regelmäßigen Abständen dazu. Umso



Martina Mayer-Voigt, 15 Jahre im Gemeinderat

erstaunter waren wir, als wir von ihrem Entschluss, im Rat aufzuhören, erfuhren.

Was mich als ehemaligen Kollegen beeindruckt hat, war ihre Fähigkeit, bei sich in Details zerfasernden Debatten zu vielen Themen der Ortspolitik übergeordnete Gesichtspunkte einzubringen. Eine Zeitlang hatte sie bei sich zu Hause auch interfraktionelle Treffen organisiert, die gerne angenommen wurden und oft Fronten auflösten.

Ich habe Deine Vorzüge, Martina, in unserer gemeinsamen Zeit im Rat schätzen gelernt. Dass unser Arbeitsstil sich ähnelte, war auch angenehm und sehr zeitsparend. Wie sonst hätten wir z.B. 2004 unseren – auf Deiner Idee beruhenden – Antrag auf Erstellung eines Leitbilds für Icking so rasch fertig- und durchgebracht. Dass Du Deine politische Unabhängigkeit von unserer SPD stets in Wort und Tat verfolgst, war für uns im Ortsverein allerdings gelegentlich hart zu schlucken!

Ich wünsche Dir viel Erfolg bei den neuen Aufgaben, die Dich jetzt zur Aufgabe Deines Mandats zwingen!

Der SPD Ortsverein sagt Dir ein herzliches Dankeschön für Deine 15 Jahre Einsatz im Gemeinderat.

Liebe Ickinger Mitbürgerinnen und Mitbürger!

So ziemlich genau ein Jahr ist seit unserem letzten Schaukasten ins Land gegangen. Ich nehme das zum Anlass für eine kurze Zwischenbilanz der Veränderungen in unserer politischen Landschaft.

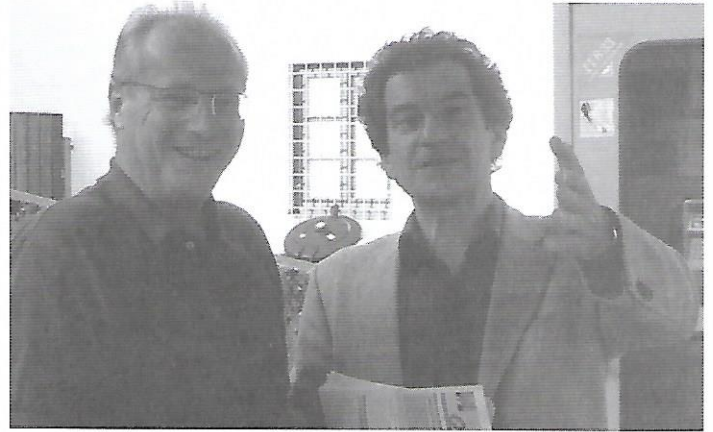
Rückblick

Die europäische Landschaft hat sich verändert. Die Hilflosigkeit der Regierungen im Umgang mit der Finanzkrise ist offensichtlich und bedroht unser aller Lebensstandard. Auch die bundespolitische Landschaft hat sich verändert. Zwar regieren CDU und FDP immer noch zerstritten wie eh und je, wenn auch mit anderen Akteuren zumindest auf der Seite der FDP. Herr Rösler hat so schnell wie irgend möglich das undankbare Gesundheitsressort abgelegt und versucht sich jetzt in Wirtschaft. Allerdings zeitigte auch diese Maßnahme in den Wahlen des Jahres 2011 nicht den gewünschten Erfolg. SPD und Grüne haben in allen Wahlen des Jahres 2011 mehr Vertrauen erfahren als die Bundesregierung. In Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg stellen SPD und Grüne die Landesregierung, in Sachsen-Anhalt SPD und CDU, in Hamburg die SPD und in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hat sich die SPD noch nicht entschieden, mit wem sie regieren wird.

Ausblick

Auch die bayrische Landtagswahl wird sicherlich sehr spannend, nachdem nun der Oberbürgermeister von München Christian Ude sich in den Wahlkampf einbringen wird. Trotz dieser Wahlerfolge will die SPD sich verändern, sich öffnen und auch Parteifreie mehr in den politischen Meinungsprozess mit einbeziehen. Dazu wird nun gerade eine Organisationsreform diskutiert. Der Erfolg der Piratenpartei zeigt, wie wichtig Öffnung und auch Netzpolitik heute sind. Hört man die Stimmen der etablierten Parteien, dann wollen sie den Erfolg der Piraten kleinreden: »Einmaliges Ereignis in Berlin, fehlende Inhalte« u.s.w..

Haben die Grünen nicht auch so angefangen? Wurden sie nicht von den etablierten Parteien damals geschnitten? War ihr Schwerpunkt anfänglich nicht auch nur der Ausstieg aus der Atompolitik? Man hatte sie als vorübergehende Zeiterscheinung bewertet und übersehen, dass sie bereits unter einem anderen Namen im holländischen Parlament vertreten waren. Auch die Piraten sind keine isolierte Berliner Erscheinungsform, sie sind auch in vielen anderen Ländern vertreten und sie haben es geschafft, junge Menschen an die Politik heranzuführen, etwas, was den etablierten Parteien ziemlich schwerfällt. Wir wären also gut beraten, diese Bewegung ernst zu nehmen. Möglicherweise sind sie die Antwort auf die Politikverdrossenheit mancher Bürger. Aber auf jeden Fall stehen sie für eine Änderung der kommunalen Berliner Politik.



Budestagsabgeordneter Klaus Barthel mit A.Spahn (1.Vorsitzender) im gemeinsamen Wahlkampf

Veränderungen erleben wir auch in Icking.

Das neue Rathaus wurde eingeweiht und wer an der von der Gemeinde veranstalteten Feier teilnahm, konnte eine sehr gelungene Führung durch das Rathaus der etwas anderen Art erleben. Ein neuer Verein »Klangwelt Klassik« wurde gegründet.

Fukushima wäre vielleicht aus unserem Gedächtnis verdrängt, wenn die Bundesregierung nicht den Rückwärtssalto in Sachen Atomenergie vollzogen und die Energiewende ausgerufen hätte. Nun sind wir plötzlich – dank des aktiven Gemeinderates in der Nachbargemeinde Berg – von dieser Energiewende betroffen. Aber es kann nicht der Grundsatz gelten: »Wasch mich, aber mach mich nicht nass.« Natürlich wollen wir nicht die bisher erreichte Lebensqualität aufgeben.

Wir wollen nicht durch neue Techniken unter Lärmbelastigung leiden, aber wir können auch nicht einfach alles ablehnen, weil es vielleicht unser ästhetisches Empfinden stört. Wir sollten konstruktiv mit dem Thema umgehen. Ich finde, wir sollten daraus lernen und uns die Frage stellen, ob nach der Bürgersolaranlage auf dem Dach des Gymnasiums, die auch in diesem Jahr eingeweiht wurde, nun eine Bürger-Windkraft-Anlage mit Beteiligung der Gemeinde entstehen könnte.

Immer wieder wird deutlich, dass Europa-, Bundes- und Landespolitik das Leben in unserer Gemeinde beeinflussen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns einbringen. Nicht nur als ein Zusammenschluss von Individualisten, sondern in den Organisationen, die in der Lage sind, den kommunalen Aspekt auch auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene zu vertreten.

Mit freundlichem Gruß

A.Spahn

Vorsitzender des Ortsvereins der SPD-Icking

Lisa Höflich-Häberlein – neu im Gemeinderat – stellt sich vor

Von Lisa Häberlein

Natürlich habe ich damit nicht gerechnet. Mein Montagabend war bislang bequem ausgefüllt mit Sport in meinem Tennisclub. Jetzt werde ich wohl montags oft einen anderen Ort besuchen: unser neues »rotes« Rathaus.

Meine Themenschwerpunkte

Ortsentwicklung

Die Entscheidungen im Gemeinderat sind derzeit allerdings spannend wie selten: die Passerelle steht noch aus, d.h. die hintere »Umgehung« des Rathauses. Die B11 soll endlich wohnlicher werden, die Zukunft des Verkehrs – sei es die S-Bahn, sei es die geplante Umgehung von Wolfratshausen – werden auch Icking betreffen.

Icking wird dem Wachstumsdruck aus München nicht ausweichen können, und das wird Folgen für unser beschauliches Dorf haben. Wo und in welcher Intensität entstehen neue Baugebiete? Wie wird erschlossen, wo fließt wieder Verkehr? Welche Rolle spielen unsere Einheimischenmodelle?

Energiewende

Der Gemeinderat wird sich zudem mit der Frage von Energie-Erzeugung auf Ickinger Flur nachhaltiger als bisher beschäftigen müssen. Die Vorsorgeflächen der Gemeinde Berg für Windkraftanlagen an der Autobahn – teilweise in Sicht- und Hörentfernung von Irschenhauser Bürgern – sorgen für Aufregung. Wegen eines Baugenehmigungsantrags muss die Gemeinde sehr schnell sog. Konzentrationsflächen ausweisen, auf denen der Ausbau von WKA ausschließlich stattfinden darf. Dabei hat sie allerdings über den eigenen Bedarf hinaus auch Ausgleichsflächen für andere Gemeinden des Landkreises, die nicht ausreichend Fläche bereitstellen können, ausgewiesen.

Ohne Windkraft werden wir nicht auskommen, wenn wir die Atomkraft vermeiden wollen. Schon heute ist Windkraft (fast) wirtschaftlich, jedenfalls sehr viel billiger als Strom aus der Sonne. Schon jetzt zahlt jeder Stromkunden netto über 3ct pro Kilowattstunde für die Subventionen in Photovoltaik. Auch die Nutzung von Wasserkraft kann nur begrenzt ausgeweitet werden. Unsere Diskussion um die Renaturierung der Isar ist ja noch nicht so lange her; ein nachhaltiger Ausbau würde voraussetzen, dass Wasserläufe weiter begradigt, zusätzliche Staustufen oder Stauseen eingerichtet werden.

Windkraft ist also nötig – und nicht nur vor der Haustür der anderen oder in anderen Bundesländern, sondern leider auch bei uns. Auch die Gemeinde Icking wird Vorsorgeflächen für Windkraft ausweisen müssen, sonst kann jeder Investor auf seinem Grundstück den Bau einer WKA beantragen und bekommt selbst im Außenbereich eine Genehmigung. Überplante Gebiete, vor allem entlang von Autobahnen, eignen sich besonders. Das können wir uns im gesamten Rest von Deutschland bereits ansehen.

Es wird ein schwieriger Weg

zur Energie-Autarkie der Gemeinde werden, bis alle Bedenken diskutiert, alle Interessen gegeneinander abgewogen sind. Ich habe mich im Gemeinderat dafür eingesetzt, dass der geplante kleine Windpark wenigstens so weit von Irschenhausen entfernt liegt, dass nach physikalischen Berechnungen fast nichts mehr von den Anlagen zu hören ist, nämlich ca. 1,5 Kilometer. Das ermöglicht den Bergern die Bebauung ihrer wirtschaftlichen Standorte innerhalb der Konzentrationsfläche, schon aber unsere Ohren.

Ohne Opfer geht nichts

Aus dem Urlaub in Frankreich habe ich ein Photo mitgebracht: Aus meiner Sicht



Lisa Häberlein
SPD-Gemeinderätin

zeigt dieses Bild das Gegenteil von »richtig«: Notstromversorgung oder Feigenblatt vor dem Kernkraftwerk CRUAS im oberen Rhone-Tal. Darauf dürfen wir die saubere und sichere Windkraft nicht verkürzen. Opfer sind deshalb auch vor unserer eigenen Haustür – im zumutbaren Rahmen – notwendig.

Was für mich noch wichtig ist

Neben diesen Themen liegen mir zwei Anliegen am Herzen: Als aktiver Sportlerin (Tennis, Laufen, etwas Skifahren, PowerGym) liegt mir das Sportangebot für alle Zielgruppen in der Gemeinde sehr am Herzen. Genauso wichtig nehme ich als Lehrerin das Bildungsangebot in der Gemeinde: Wolfgang Ramadan, Michael Conrad, das Philosophieren für Kinder in der Grundschule, der Gartenbauverein, die Chöre und die Instrumental-Musik, die Angebote der beiden Kirchen – in Icking wird sehr viel Wertvolles geboten. Das darf nicht verschwinden.

Unsere Welt ist im Wandel, wir spüren es alle: die Energiewende, die EURO-Krise und dazu die bange Frage, wer denn in Zukunft unsere Infrastruktur noch bezahlen wird. Ich bin gelernte Volkswirtin, seit 1989 beschäftige ich mich beruflich und privat mit Energie-Effizienz. Die Themen des Gemeinderats sind mir nicht fremd. Ich hoffe, dass ich insofern im Rat nützliche Arbeit leisten kann.

Meldung zum Thema

Von Lisa Häberlein

In der Nacht vom 1. auf den 2. Dezember 2009 wurde Block 4 des Kernkraftwerks CRUAS aufgrund einer Störung des Kühlsystems abgeschaltet und der interne Notfallplan ausgelöst. Ursache dafür waren laut Betreiber pflanzliche Abfälle in der Rhône, welche durch starke Niederschläge hervorgerufen wurden und die Kühlwasserzufuhr verstopften. Der Vorfall wurde von der französischen Atomaufsichtsbehörde Autorité de Sûreté Nucléaire (ASN) als Störfall in der INES-Kategorie 2 eingestuft (Quelle: Wikipedia).

Das AKW Cruas liegt oberhalb der berühmten Weingegend der Cotes du Rhone und der durch ihre Sümpfe und ihre Pferde bekannten Camargue. Es macht einen verschmutzten Eindruck. Das Rhone-Delta beeinflusst mit monumentaler Breite das mediterrane Biotop fast bis Nizza. Die potentielle Gefahr aus den AKWs scheint aber in Frankreich niemanden zu stören, trotz erneuter Störfallmeldung im September dieses Jahres am Unterlauf der Rhone

Windkraft ist dagegen ein hochbrisantes Thema. Wenige Windkraft-Anlagen vor AKWs, einige in zentralfranzösi-



AKW Cruas, Frankreich

schen Hochwindregionen, kaum eine Anlage an der windreichen Atlantikküste, dafür viele Plakate gegen den Bau von Windrädern vor der eigenen Haustür. Uns hat vor allem betroffen, dass in Frankreich offenbar Windkraftanlagen vornehmlich im Zusammenhang mit gefährlichen Großanlagen wie Atomkraftwerke errichtet werden – das ist keine Energiewende.

Wir trauern mit Norwegen

Von Constantin Beier

Mit Schrecken und Entsetzen haben wir alle von den fürchterlichen Geschehnissen in Norwegen erfahren. Unsere Gedanken und Herzen sind ganz bei den Opfern, ihren Familien und ihren Angehörigen. Wir trauern mit allen Norwegern und den norwegischen Sozialdemokraten. Junge Menschen in meinem Alter waren gemeinsam sorgenfrei auf einem Sommercamp der sozialdemokratischen Jugend Norwegens (AUF) und wurden durch die kaltblütige Tat aus dem vollen Leben gerissen, seelisch und körperlich schwer verletzt oder für ihr Leben traumatisiert. Mir gehen als Juso diese Ereignisse besonders nahe; sie haben mich äußerst nachdenklich gestimmt und betroffen gemacht. Wir Jungsozialisten fühlen uns solidarisch mit all denen, die Opfer von blinder Gewalt, Menschenhass

und nationalistischem Wahn wurden, nur weil sie sich für eine weltoffenerere und gerechtere Gesellschaft eingesetzt haben.

Uns Jusos und unsere norwegischen Genossinnen und Genossen verbindet eine tiefe langjährige Freundschaft. Jusos und AUF kämpfen seit an Seit gemeinsam für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Norwegen ist das Land, in dem Willy Brandt während der Nazi-diktatur im Exil weilte, weshalb eine große Verbindung zwischen deutschen und norwegischen Sozialdemokraten besteht. Daher ist geistiger Beistand umso wichtiger.

Niemand, auch nicht Terroristen, werden uns einschüchtern können und von diesem hohen Ziel abbringen.



Constantin Beier
Student,
2. Vorsitzender
und JUSO-
Vertreter im UB

Sollte man solchen Taten angsterfüllt weichen, hat der Terrorismus gesiegt. Doch auf die Dauer hat der Terrorismus keine Chance und wird die Sozialdemokratie nicht von ihren Werten – ihrem Einsatz für eine solidarisch-tolerante Gesellschaft abbringen können.

Menschenfreundlichkeit ist immer stärker als Hass und Gewalt.

Finger weg vom Flächennutzungsplan,

möchte man ausrufen, wenn man den Entwurf eines Bebauungsplanes an der Walchstadter Straße oberhalb der Ludwig-Dürr-Straße, der zurzeit in der Gemeinde herumgestert, anschaut und ernst nimmt. 20 Gebäude sollen nach den Vorstellungen des Planerstellers dort gebaut werden können. Keine »Kleinigkeit« – und das mitten in dem seit Jahrzehnten im Gemeinderat verteidigten und im Flächennutzungsplan (FLNP) so ausgewiesenen Trenngrün zwischen den Ortsteilen.

Ortsgestaltung – die vornehmste Aufgabe der Gemeinde

Die letzte große Überarbeitung des FLNP, die ca. 15 Jahre in Anspruch genommen hatte, liegt nun schon wieder ca. 20 Jahre zurück und war bestimmt von dem entschiedenen Willen, Icking und seine Ortsteile nicht zu einer Siedlungsmatsche verkommen zu lassen, wie sie mancherorts – besonders im Einzugsgebiet größerer Städte – anzutreffen ist. Es galt aber auch das Bemühen, den berechtigten Interessen der vornehmlich bäuerlichen Mitbürger auf Schaffung von Bauland für ihre Kinder gerecht zu werden. Dies geschah durch die Festschreibung der Eigenbedarfs-Widmung. Auch die Verwirklichung des Einheimischen-Modells am Schäftlarner Weg – für dessen Verwirklichung wir uns immer noch entschieden einsetzen – wurde bei der letzten Änderung des FLNP berücksichtigt. Die zwei weiteren Projekte des

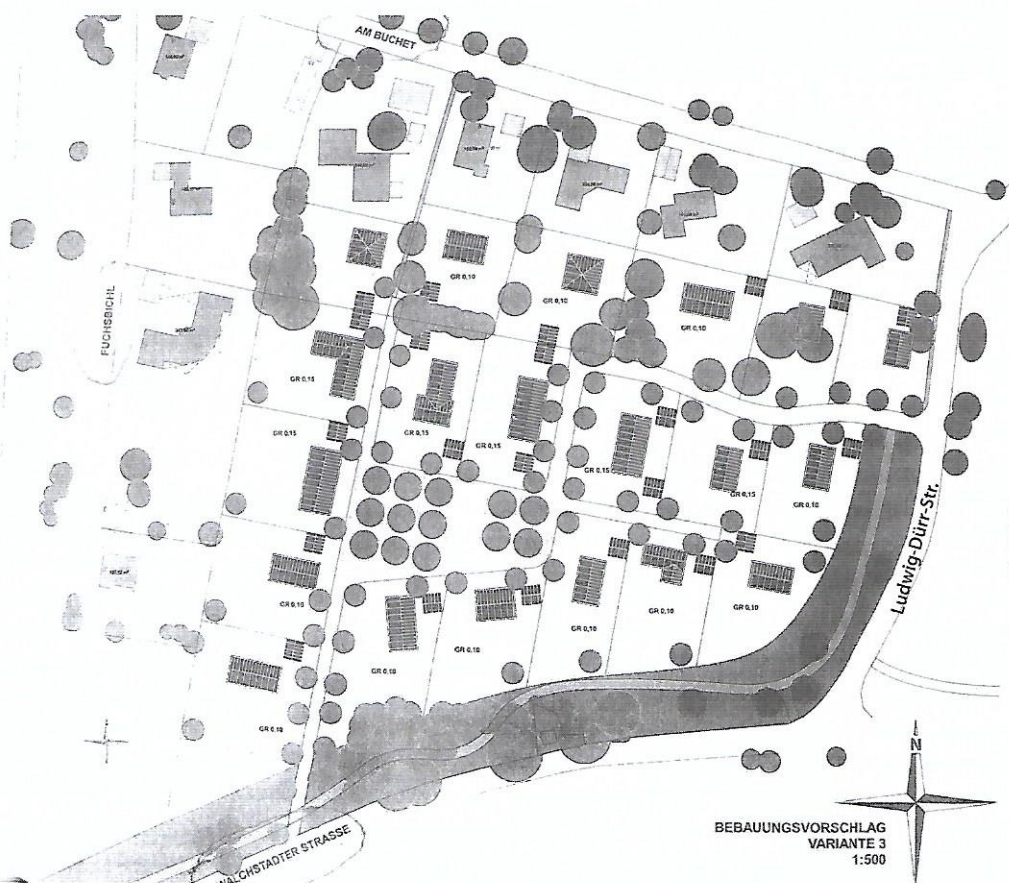
Einheimischen-Modells – Dorfen und Spatenloh – machten dann erneut Änderungen des FLNP erforderlich. Auch in Zukunft wird sozial- und umweltverträgliches Bauen in Icking im Rahmen von Einheimischen-Modellen ein berechtigtes Anliegen bleiben, das ohne Eingriffe in die Flächennutzungsplanung nicht zu realisieren ist.

Die Energiewende zwingt uns zum Handeln

Und gerade in diesen Tagen wird erneut – wenn auch aus ganz anderen Beweggründen – nach einer Ergänzung des FLNP gerufen. Die umwelt- und menschenverträgliche Aufstellung der für die Energiewende erforderlichen Windkraftanlagen wird wohl nur über die rechtlichen Möglichkeiten der Flächennutzungsplanung im Sinne der berechtigten Bürgerinteressen lösbar sein. Hier muss also seitens der Gemeinde gehandelt werden – und die Bürger müssen bei dieser schon sehr einschneidenden Maßnahme mitgenommen werden.

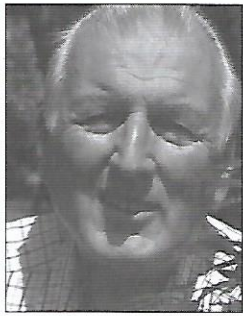
Es gibt also Gründe,

dieses Regelwerk den sozial- und umweltorientierten Bedürfnissen in einer veränderten Situation anzupassen. Aber genau diese Gründe sind es, die den Unterschied ausmachen zwischen vertretbaren und nicht vertretbaren Änderungen. Grundstücksspekulationen zu Lasten einer geordneten und naturverträglichen Ortsgestaltung gehören jedenfalls nicht dazu!



So stellen sich die Planer die Bebauung der grünen Wiese vor

Neues von der Bürgerstiftung Energiewende Oberland



Klaus Kreuzer
EWO-Pate für die
Gemeinde Icking

Von Klaus Kreuzer, EWO-Pate für die
Gemeinde Icking

Das Jahr 2011 brachte eine Reihe von positiven Veränderungen: Der Landkreis Weilheim-Schongau entschloss sich, der Energiewende beizutreten, so dass die Zahl der in ihr vertretenen Kommunen auf 72 gestiegen ist, mit insgesamt ca. 350 000 Einwohnern. Von den Kommunen des neuen Landkreises sind mittlerweile die Hälfte Stifter geworden, so dass die Zahl der Stifter jetzt bei 200 liegt. Prof.

Dr. Manfred Seiler ist neuer Vorstandsvorsitzender, die Organisation den neuen Zielen angepasst. Mehr Informationen dazu in www.energiewende-oberland.de

Bioenergieprojekt macht gute Fortschritte

In allen Kommunen werden Informationswochen zur Kampagne Energieholz durchgeführt mit dem Motto »nachhaltig-regional-zuverlässig«. In Icking wird die Eröffnung am 18.10. um 20 Uhr im Rathaus stattfinden.



Biogasanlage in Wadlhausen – nicht viel zu sehen, aber effektiv

Klimaschutzprojekt für den Landkreis Miesbach

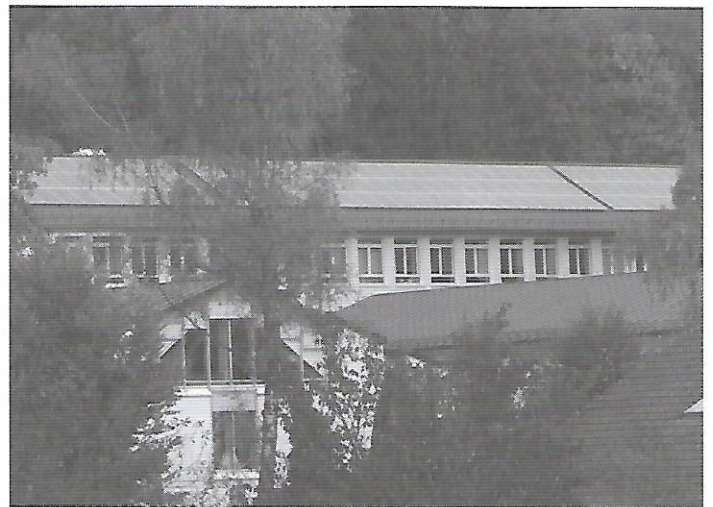
Während des ganzen Jahres 2011 fanden moderierte Treffen von Vertretern aller Kommunen des Landkreises Miesbach statt, um Energiebedarfe und Möglichkeiten für erneuerbare Energien bis 2030 festzustellen. Eine ähnliche große Studie hat im Landkreis Weilheim-Schongau schon 2010 stattgefunden.

Im Augenblick wird ein solches Verfahren mit den Kommunen im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit großer Bürgerbeteiligung für 2012 geplant. Solche Vorarbeiten sind notwendig, um konkrete Umsetzungen machen zu können.

Berufsoffensive Energiewende

Mit Vorträgen, Veranstaltungen für junge Leute zu Berufen und Themen der Energiewende wurden Informationen für die Suche nach Praktikumsplätzen gegeben. Das Projekt wurde von der UNESCO-Initiative für eine nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. www.jobs-mit-energie.de

Bürgersolaranlage in Icking



Photovoltaik-Anlage auf dem Gymnasium

Endlich konnte der Wunsch vieler Ickinger Bürger realisiert werden, dass durch eine Bürgersolaranlage auf dem Dach des Ickinger Gymnasiums eine lokale Investition in erneuerbare Energien möglich wurde. Die Einweihung durch den Landrat Herrn Niedermayer und die Bürgermeisterin Frau Menrad erfolgte schon im Juli.

Für die Beteiligung der Bürger an der Finanzierung wird die dazu notwendige Informationsschrift bis Mitte November vorgelegt werden. Alle, die sich angemeldet haben – oder dies noch tun möchten – bekommen die Unterlagen rechtzeitig zugeschickt.

Projekt Plant-for-the-planet in der Grundschule Icking

Mit großer Begeisterung nahmen über zehn Grundschüler an der Ausbildung für das Projekt durch die Schülerinitiative für Klimagerechtigkeit in Pähl und München teil. Es wurde ein Baum gepflanzt, eine Baumpflanzaktion einer Schule in Afghanistan unterstützt und die Gruppe nahm am Ickinger Sommerfest teil: CO₂-Reduzierung muss in den Köpfen der jungen Generation beginnen.

Zielsetzung für 2012

Eine der wichtigsten Maßnahmen für die Energiewende ist das Energiesparen, z.B. durch Wärmedämmung des eigenen Hauses, durch neue LED-Sparlampen, durch MVV-Nutzung anstatt des eigenen Autos für Fahrten nach München. Dafür wird das Ener-

> Fortsetzung Seite 10

giekompetenzzentrum ausgebaut, das eine unabhängige Beratung für Kommunen, Unternehmen und Verbände geben will.

Wie kann man die Bürgerstiftung Energiewende Oberland (EWO) unterstützen?

Die Ickinger »Aktionsgemeinschaft für ein zukunftsfähiges Icking« wurde vor zwei Jahren gegründet, um die Energiewende zu unterstützen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Zahl der sechs augenblicklichen Mitglieder auf 15 erweitert werden könn-

te. Es finden Treffen alle zwei Monate im Gasthof Klostermaier statt. Alle an Energiefragen und an der Energiewende Interessierten sind herzlich willkommen.

Außerdem würde die EWO kleine monatliche Spenden oder die Zusage, Stifter zu werden (einmalig 500 €) sehr begrüßen.

Ansprechpartner in Icking:

Klaus Kreuzer, Tel 5750, mail: k.d.kreuzer@t-online.de

GASTBEITRAG



Früh übt sich, wer ein Philosoph werden will

Junge Vor!Denker

Von Carl-August Graf von Kospoth

Ickinger Kinder philosophieren über Themen der Nachhaltigkeit.

»Was brauche ich im Leben?«, »Was ist Verantwortung?« »Wem gehört die Natur?« Über diese und ähnliche Fragen haben im vergangenen Schuljahr Kinder aus der Kita Ickolino, dem Kindergarten Dorfen und der Grundschule Icking philosophiert. Ihre Erzieherinnen und Lehrkräfte haben dafür an dem Projekt »Junge Vor!Denker« teilgenommen, das von der Eberhard von Kuenheim Stiftung der BMW AG mit der Akademie »Kinder philosophieren« ins Leben gerufen wurde.

Das Projekt ist ein offizieller Beitrag zur aktuellen UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, die das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung verankern und somit ein zukunftsorientiertes Wertebewusstsein stärken möchte.

Zu verantwortungsbewusstem Handeln führen

»Junge Vor!Denker« wendet sich an Erzieher/-innen und Lehrkräfte, die in praxisnahen Fortbildungen mit Grundtechniken des Philosophierens mit Kindern vertraut gemacht und für die Notwendigkeit des nachhaltigen Handelns sensibilisiert werden. In philosophischen Gesprächen über Nachhaltigkeit regen die Erzieher/-innen und Lehrkräfte Kinder und Schüler an, gemeinsam mit anderen über die Grundfragen des Lebens nachzudenken, zu erkennen, was wesentlich ist, und so eine nachhaltige Wertorientierung für den Alltag zu finden.

Der Mut »selbst zu denken« stärkt dabei das Urteilsvermögen und fördert Haltungen der gegenseitigen Wertschätzung, der Offenheit, des Vertrauens und bietet damit eine Grundlage zu verantwortungsbewusstem Handeln.

Ickinger Pilotprojekt

Im Schuljahr 2010/11 wurde die erste Fortbildungsreihe pilothaft in Icking

durchgeführt. Die erste Bürgermeisterin von Icking, Frau Margit Menrad, und die Familienreferentin Claudia Röderstein übernahmen die Schirmherrschaft für das Projekt. Die zwölf Projektteilnehmer/-innen erarbeiteten sich in vier Workshopmodulen durch Vorträge und gemeinsame Diskussionen die Grundtechniken des Philosophierens mit Kindern. Parallel führten sie im Unterricht regelmäßig Philosophie-Einheiten zum Thema Nachhaltigkeit mit den Kindergarten- und Grundschulkindern durch.

Die Erfahrungen waren so positiv, dass die Projektergebnisse nun in einem praxisnahen Lehrbuch aufbereitet werden, das sich an interessierte Pädagogen richtet. Es wird im Frühjahr 2012 im oekom Verlag erscheinen. Parallel prüft die Stiftung die Ausweitung des Konzepts »Philosophieren über Themen der Nachhaltigkeit« auf weiterführende Schulen.

Weitere Informationen und Kontakt unter www.kuenheim-stiftung.de

LESERHINWEIS

Gymnasium Icking

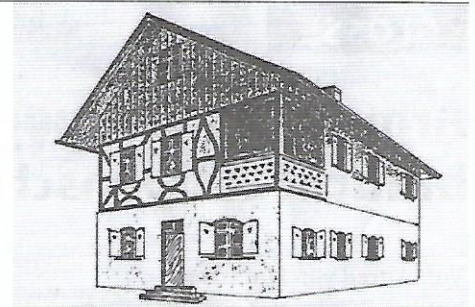
Von Gerhard Jakobi

In der letzten Ausgabe unseres Schaukastens ist in dem Artikel »Wie alles anfang« eine Formulierung gewählt, die – so haben uns orts- und geschichtskundige Mitbürger mitgeteilt – eine falsche Interpretation/Darstellung zur Geschichte des Ickinger Gymnasiums zulässt. Das wollen wir hiermit bereinigen. Wir haben uns bei Hn. Dr. Alfred Vogel dem Sohn des Gründers des Ickinger Gymnasiums Hn. Dr. Max Alfred Vogel kurzerhand schlau gemacht und von ihm auch den Hinweis auf die ausführlichen Berichte über das Ickinger Gymnasium und seine Entstehung erhalten. In der Festschrift zu dessen 75-jährigem Jubiläum haben vor allem die Lehrer Martin Hennighausen und Reinhard Dirr sehr detailliert geschildert, wie alles war. In der Tat war es – wie im Schaukasten zu lesen – eine Privatinitiative, die zur Gründung des Ickinger Gymnasiums führte. Allerdings bereits im Jahre 1921. Wir zitieren aus der Festschrift: »So ist auch das Ickinger Gymnasium aus dem

Wunsch und Willen einer damals in Icking wohnenden Elterngruppe entstanden ... Freilich bedurften sie dazu eines qualifizierten Lehrers und Pädagogen, den sie in der Person Max Alfred Vogel gefunden zu haben glaubten.« Das ist dann ja auch wohl so gewesen.

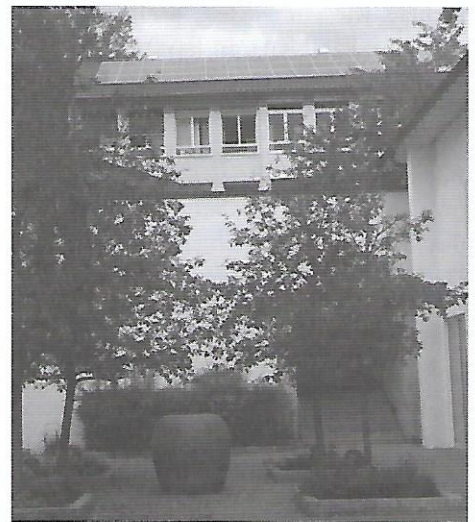
Die spannend geschriebene Geschichte des Gymnasiums ist bis auf den Tag – also 90 Jahre nach Gründung – vor allem auch eine Geschichte engagierter Eltern und Lehrer, die mit viel finanziellem und persönlichem Aufwand und mit Ausdauer (auch gegen politische und kultusbürokratische Behinderungen) die Schule zu dem gemacht haben, was Reinhard Dirr 1996 so ausdrückte: »Dieses Gymnasium ist nach seiner Historie, seinem Anspruch und seinem Selbstverständnis etwas Besonderes«.

Wir freuen uns, diese exzellente Bildungseinrichtung in unserem Ort zu haben.



LANDHAUS „REST“, SPÄTER CAFÉ ZUR WEISSEN WAND, IM ERDGESCHOSS DAS 1. SCHULZIMMER 1921

So fing es an...



...und so ist es heute

NACHRUF

Wir denken an

Prof. Dr. Christiane Busch-Lüty, die im Alter von fast 80 Jahren von uns gegangen ist.

Von Gerhard Jakobi

Seit 1984 war Christiane Mitglied der SPD und seit dieser Zeit in unserem Ortsverein bis zu Ihrem Übertritt nach Ebenhausen, aktiv tätig. Wir haben mit ihr nicht nur eine außergewöhnliche, kompetente und leidenschaftlich engagierte Sozialdemokratin, sondern auch eine gute Freundin verloren. Von ihr, einer herausragenden, mit dem Bundesverdienstkreuz geehrten Wirtschaftswissenschaftlerin, durften wir viel für unsere politische Meinungsfindung und Arbeit lernen. Von ihrem Wissen auf dem Spezialgebiet des »nachhaltigen Wirtschaftens« und der »Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie«, das sie uns immer geduldig und überzeugend näherbrachte, haben wir sehr profitiert.

Ihr politisches Engagement war – trotz aller Leistungsorientierung – geprägt von dem Wunsch nach Verwirklichung einer von sozialer Ausgewogenheit und Gerechtigkeit bestimmten Gesellschaft. Obwohl ihre Mitgliedschaft und Arbeit in zahlreichen wissenschaftlichen nationalen und internationalen Gremien, die sie großenteils mit initiiert hat, sie stark in Anspruch nahm, hat sie in einer unnachahmlichen Art stets die Nähe zu »denen da unten«, zur Basis behalten. Sie ist irgendwo immer auch ein bisschen Kind des Ruhrpotts (wo sie geboren wurde und die Kindheit verbrachte) geblieben. Bei den Partnerschaftstreffen mit unseren Freunden in Essen und Suhl zeigte sich besonders ihre Leidenschaft, den Genossen zu einem ver-



Prof. Dr. Christiane Busch-Lüty – eine engagierte Mitstreiterin

tieften Blick auf die Zusammenhänge in einer globalisierten Wirtschaftswelt zu verhelfen – ohne dass sie die kontroverse Diskussion gescheut hätte. Andererseits war es ihr nicht zu schlicht, mit uns für politische Anliegen auf den Brettern des SPD-Laientheaters zu stehen; sie hat die Hüsch in Polts »Exoten« glaubwürdig dargestellt. Die Fähigkeit, wissenschaftlich fundierte, politische Meinungsbildung zu vereinen mit der Bereitschaft zur praktischen Tagesarbeit in den Niederungen der Demokratie, war das ganz Besondere an ihr.

Für uns – ihre Freunde der SPD Icking – bleibt sie einmalig und unvergessen.

Arme FDP: Die junge Garde braucht Welpenschutz

Von Alfred von Hofacker

Neulich begegnete mir der schöne Satz »Die FDP braucht Welpenschutz«. In der Sprache der Politik wird immer wieder gerne auf die Tierwelt zurückgegriffen: »schlau wie ein Fuchs«, »aalglatt«, »wie ein Löwe kämpfen«. In Bayern kommt es auch mal zu einem Vergleich mit einer »Wildsau«.

Bei dem Begriff »Welpenschutz« denkt man an unschuldige kleine Geschöpfe, die des Schutzes bedürfen. Als langjähriger Dackelbesitzer weiß ich, wovon ich rede. Immer wieder gab es kleine Welpen, die der Fürsorge der Dackelmutter bedurften. Wenn sie dann ihre ersten Gehversuche machten und sich erstmals an eine Treppe heranwagten, blieb der Schwächste nach der ersten Stufe hängen und wusste nicht,

wie es weitergehen sollte. Zurück zur FDP: Da gibt es keine Dackelmutter, die sich um die kleinen Welpen kümmert. Ein Herr Genscher ist zu alt und empfindet für die gegenwärtigen Welpen wohl kaum Muttergefühle. Zu Herrn Westerwelle ist der Altersunterschied zu gering und zur Zeugung dieser Welpen hat er ebenfalls nicht beitragen können.

Da sitzt nun Herr Rösler auf der ersten Stufe und weiß nicht, wie es weitergehen soll. Noch schützt ihn Angela Merkel vor weiterer Unbill, schließlich weiß sie doch auch nicht, wie es ohne ihre Welpen weitergehen soll.

Doch spätestens im Wahljahr 2014 muss sie die Kleinen sich selbst überlassen; denn dann geht es um ihr eigenes Überleben. Dann werden die kräftezehrenden



Milchströme versiegen und was wird dann aus unseren Welpen?

Mich stimmt das etwas traurig. Ich hoffe, sie überleben und finden zurück zu der FDP, die unsere Republik einst entscheidend mitgestaltet hat. Namen wie H.D. Genscher, Burkhard Hirsch und Gerhard Baum fallen mir dabei ein. Wau – Wau!

Anmerkung der Redaktion:

»Mitleid ist die Höchststrafe in der Politik« (aus: ZDF – Neues aus der Anstalt v. 27.9.2011).

Icking zieht mit Berlin gleich... ...zumindest ein bisschen

Von Gerhard Jakobi

Nun ist es soweit, das »neue« (alte) Rathaus ist jetzt fertig und ein (fast) »Rotes Rathaus« geworden. Dass uns als Rote das ungemein freut, werden Sie, verehrte Leser, uns sicher nachsehen. Bei unserer angeborenen Bescheidenheit sind wir natürlich auch damit einverstanden, dass es sich bei dem Rot nur um die Fassade des Erdgeschosses handelt. Aber genau dahinter verbergen sich schließlich lebenswichtige Einrichtungen. Und man kann lange darüber streiten, was für den Normalverbraucher wichtiger ist, guter Rat, (der nach dem Sprichwort teuer ist), oder Rotwurst und Rote Beete. Zumal innen, in den oberen Etagen des Rathauses, der gute Rat eher farblos, etwas schwarz, noch etwas weniger grün und neuerdings wieder ein ganz klein wenig rot ist. Gelb gibt's da ja schon lange nicht mehr. Also sind wir zufrieden, die Anderen werden an der Außenhaut des Rathauses überhaupt nicht repräsentiert.

Aber Spaß beiseite, es ist schön geworden, das neue Rathaus!



Das Original – Rotes Rathaus in Berlin-Schöneberg



Rotes Rathaus in Icking

Alt und neu – hat sich bewährt

Von Karin Siebert

Bei der letzten Jahreshauptversammlung im Cafe Sternugga in Dorfen wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt und im Amt bestätigt:

1. Vorsitzender Arndt Spahn
 2. Vorsitzender Constantin Beier
- Kassiererin Karin Siebert



*Bettina Oxenius,
Ärztin,
Schriftführerin*

*Constantin Beier,
Student*

Neu gewählt wurden:

als Schriftführerin Bettina Oxenius, die nach mehrjährigem beruflich bedingtem Aufenthalt in den USA nach Dorfen zurückgekehrt ist. Weiterhin neu gewählt wurden die Beisitzer Wolfgang Bambuch und Frank Jäger und als Jusobeisitzer Constantin Beier

Delegierte für die Kreiskonferenz sind:

Lisa Häberlein, Arndt Spahn und Constantin Beier

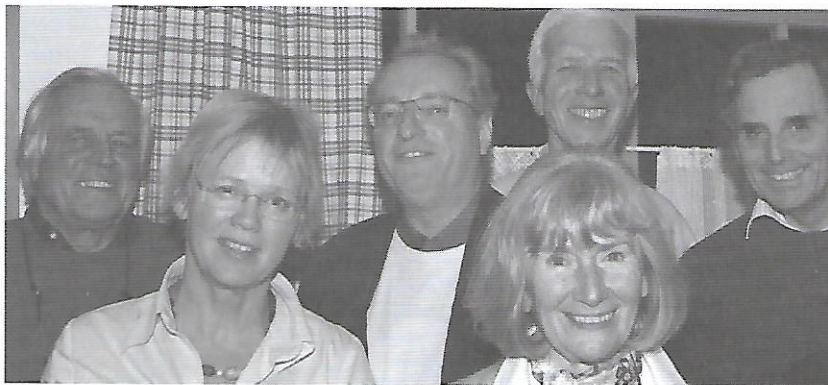
Delegierte für die Bundeswahlkreis-konferenz:

Karin Siebert und Dieter Krank. Als Revisoren sind Silvia Matthies und Konrad Sedlmeier in ihren Ämtern bestätigt worden

Schwerpunkte

im Rückblick von Arndt Spahn auf die vergangenen zwei Jahre waren die Themen:

- Gesundheitsreform (Kopfpauschale/Bürgerversicherung)
- Gesundheitspolitik (Organtransplantation/Präimplantation)
- Finanzpolitik (die wahren Ursachen der Krise)
- Energiewandel (u. a. Teilnahme an der Lichterkette gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken)
- Zivilcourage (Zeitzeugen Drittes Reich / Verhalten der Bürger im Fall Brunner)
- Unser kommunalpolitisches Engagement haben wir in unseren regelmäßig erscheinenden Schaukästen dargestellt
- Weiterhin berichtete Spahn über die neu eingerichtete Homepage –



Der 1. Vorsitzende A. Spahn, umgeben von seinen Mitstreitern: Von links nach rechts: Gerhard Jakobi, Lisa Häberlein, Karin Siebert, Alfred von Hofacker, Wolfgang Bambuch

www.spd.icking.de – im Internet und Karin Siebert über die zufriedenstellende finanzielle Lage des OV's

Höhepunkt

des vergangenen Jahres war die Feier zum 40-jährigen Jubiläum des Ortsvereins an der H.J. Vogel die Festrede hielt. Die Bürgermeisterin und die Vertreter aller Gemeinderatsfraktionen sowie Freunde, Bekannte und politische Weggenossen der »Ickinger Sozis« überfüllten die Räume des Rittergütl. Ein gelungenes Fest, an dem die Gäste – und wir natürlich auch – unseren Spaß hatten.

Der Ortsverein erinnerte sich in Dankbarkeit an alle Mitglieder, die mit großem Engagement den Ortsverein über vierzig Jahre begleitet haben. In ihren Dank bezogen die Genossen im Besonderen auch die Mitglieder ein, die nicht mehr dabei sein konnten, dem Ortsverein aber sein unverwechselbares Profil gegeben haben; neben anderen Getreuen waren dies insbesondere die Familien Baumüller, Kreißelmeier und Reichhold.

Vorschau

Als Rahmen für die nächsten 2 Jahre haben wir uns vorgenommen:

- Bildungs-, Gesundheits- und Finanzpolitik
 - Kultur und heimatliche Geschichte
 - Kommunalpolitik
- Uns als Ortsverein liegt vor allem am Herzen: die Ortsgestaltung – und hier eine wachsame Begleitung der Flächennutzungsplanung – sowie die Energiewende
- Weiterhin stehen auf der Agenda die Durchsetzung eines Jugendparlaments im Landkreis, auch mit Hilfe des Jusobeisitzers Constantin Beier
 - Gründung eines Stammtisches, (der sich zwischenzeitlich etabliert hat)
 - Unser Hauptanliegen wird auch in Zukunft die Bürgerinformation und -beteiligung sein, (wozu wir auch diesen Schaukästen zählen)

Eine eingeschworene Mannschaft – aus neuen und altbewährten Mitgliedern – geht mit guten Vorsätzen und viel Mut für weitere zwei Jahre an den Start.

Unsere 40 Jahre-Feier

Bilder eines fröhlich-besinnlichen Zusammenseins mit Freunden, politischen Weggenossen und Mitstreitern



Der Gründer des Ortsvereins Dr. F. Schoppe mit Ex-MdL Ch. Harrer u. Bürgermeisterin M. Menrad



SPD-Urgestein... aber noch voll drauf: H.J. Vogel, A. v. Hofacker



Parteiprominenz unter sich: A. Spahn, K. Barthel (MdB), H.J. Vogel

Immer schon dabei...



K. Siebert



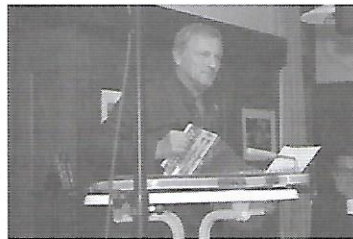
K. Sedlmeier



Die beiden letzten – der Ortsverein-Gründer – Dr. F. Schoppe u. G. Jakobi



Es durfte auch gelacht werden – Kabarett und Musik



J. Brustmann



H. Dondl



W. Bambuch



Immer bereit zu helfen – auch ohne Parteibuch: J. Chucholowski, E.u.E. Hängel



Unsere Ex-Vorsitzende Evamaria und unser Lektor R. v. Savigny

Die politischen Mitbewerber gaben uns die Ehre



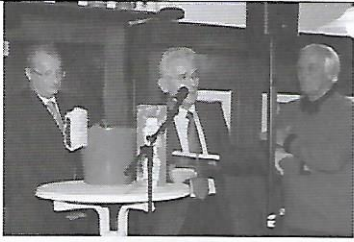
P. Schweiger, J. Mock, M. Ertl



V. Nipperdey



I. u. A. Vogel



Von weit angereist: R. Müller aus Suhl mit A. Spahn u. G. Jakobi



Stets kritische Begleiter: T. Bergau, H. Greiner



Ex-Vorsitzende: P. Kreißlmeier, Ch. V. Beckerath

Wir haben uns gefreut, dass fast alle unserer Einladung gefolgt sind und mit uns gefeiert und das Fest für uns zu einem schönen Erlebnis gemacht haben. Leider können wir hier nur einen kleinen Teil der Bilder unserer über 100 verehrten Besucher anbieten.

Parteifreunde aus der Nachbarschaft feierten mit:



R. Berchtold u. Frau, Wolfratshausen



Chr. Noisser, G. Skiba



H.J. Heinrich, Schäflarn



S. Fuchsenberger, Berg/Aufkirchen

AUFGELESEN

Klare Worte

Ex-Bundespräsident und ehem. Chef des IWF, Horst Köhler (15.5.2008):

».... Jetzt muss jedem verantwortlich Denkenden in der Branche selbst klar geworden sein, dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben, das in die Schranken verwiesen werden muss....«

Der derzeitige Bundespräsident Christian Wulff (24.8. 2011):

»... Politik muss ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Sie muss sich endlich davon lösen, hektisch auf jeden Kursrutsch an den Börsen zu reagieren. Sie muss sich nicht abhängig fühlen und darf sich nicht am Nasenring durch die Manege führen lassen, von Banken, von Ratingagenturen oder sprunghaften Medien.«

Altbundeskanzler Helmut Schmidt;

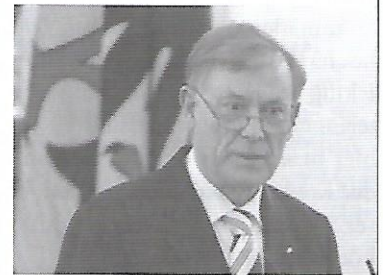
DIE ZEIT, N° 29 – Auszug aus dem Artikel ‚Das Geldhaus‘:

»... Es ist nicht einzusehen, dass der Spitzenmanager einer Bank hundertmal so viel Geld verdient wie sein Fahrer, dass er dreißig- oder vierzigmal soviel verdient wie die Bundeskanzlerin.

Ich teile die Menschen deshalb gerne in drei Kategorien ein. Die erste Kategorie, das sind die normalen Menschen. ... das sind vielleicht 98 Prozent. Zweite Kategorie, das sind die mit einer kriminellen Ader Und die dritte Kategorie sind Investmentbanker und Fondsmanager.

Dabei ist das Wort Investmentbanker nur ein Synonym für den Typus Finanzmanager, der uns alle, fast die ganze Welt in die Scheiße geritten hat und jetzt schon wieder dabei ist, alles wieder genauso zu machen, wie er es bis zum Jahr 2007 gemacht hat.«

Tja, diese Herren wissen doch wohl, wovon sie reden! – Gerhard Jakobi



Ex-Bundespräsident und IWF-Chef Köhler



Amtierender Bundespräsident Wulff



Ex-Bundeskanzler Schmidt

Neue Ickinger Konzertreihe mit internationalen Solisten und Ensembles

Liebe Ickinger Mitbürger!

Über eine neue Ickinger Kulturinitiative möchten wir berichten, die das Leben in unserer Gemeinde bereichern sollte. Dazu haben sich im März 2011 nahezu 30 Bürger zu dem Verein KLANGWELT KLASSIK – meistersolisten im isartal e.V. zusammengefunden. Als Vorstände wurden die Ickinger Bürger Arndt Spahn, Dr. Ulrich Nießen, Susanne und Dr. Christoph Kessler gewählt. Der neu gegründete gemeinnützige Ickinger Verein freut sich als Veranstalter der neuen Kammermusikreihe sehr, dass in der Tradition der Konzertreihe von Prof. Graßmäder und seiner Frau wieder eine hochklassige Kammermusikreihe in Icking angeboten wird. Der Verein möchte einen Beitrag dazu leisten, dass auch hier in unserem Ort Musikliebhaber wieder Konzerte genießen können, die in dieser Qualität oftmals nur in München zu hören sind.



Dr. Christoph Kessler
Gründer der neuen Ickinger Konzertreihe

Besuchen Sie unser eintrittsfreies Eröffnungskonzert am 12. Oktober mit dem vielfach preisgekrönten Amaryllis Quartett Basel, sowie die weiteren Konzerte der neuen Konzertreihe MEISTERSOLISTEN IM ISARTAL in Icking: Die eingeladenen Solisten und Ensembles haben gleich hohen Rang!

Den Auftakt der Aboreihe macht das Kuss Quartett aus Berlin am 26. Februar 2012. Nehmen Sie ein kostengünstiges Abonnement für die 6 Konzerte 2012: Es kostet für alle 6 Konzerte nur 90 € (also 15 € pro Konzert), und dies, obwohl vielfach preisgekrönte Ensembles und Solisten eingeladen wurden. In München zahlen Sie ein Vielfaches, die niedrigen Preise sind unser Beitrag zum hiesigen kulturellen Leben!

Das Kuss Quartett aus Berlin, das Gémeaux Quartett aus Zürich, sowie Thomas E. Bauer aus Bernried haben in den vergangenen Jahren bereits ihre exquisiten Visitenkarten in der Region abgegeben. Gespannt sind wir auf das Zemlinsky Quartett aus Prag, die Pianistin Anna Gourari aus München, sowie den 1. ARD-Preisträger Julian Steckel aus Berlin. Besonders freuen wir uns über den Auftritt der Geschwister Mariella und Magdalena Haubs aus Hohenschäftlarn, zwei sehr begabte junge Künstlerinnen aus der Region. Mariella Haubs studiert in der Violinklasse der



Marc Chagall, König David mit der Harfe

bekannten Violinisten Itzhak Perlman und Catherine Cho an der Juilliard School New York.

Wir hoffen Sie als Abonnenten oder in einzelnen Konzerten begrüßen dürfen. Der Kauf eines Abonnements – möglichst als förderndes Mitglied – sowie Ihr reger Besuch unserer Konzerte ermöglichen uns, Sie auch weiter im festlichen Rahmen mit hochklassigen Konzerten empfangen zu können.

Christoph Kessler

Weitere INFOS

Nähere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage:
www.meistersolisten-isartal.de

Ihr Abonnement erhalten Sie per Mail abo@klangwelt-klassik.de

FAX 08171 – 91 06 34

Telefon 08171 – 91 06 33
(Anrufbeantworter)

oder Brief KLANGWELT KLASSIK,
c/o Dr. Christoph Kessler
Schlossbergweg 11
82057 Icking.

IMPRESSUM

Der Schaukasten wird herausgegeben vom SPD Ortsverein Icking

V.i.S.d.P.: A. v. Hofacker (Tel.955160)
Redaktion: A. v. Hofacker, W. Bambuch, C. Beier,
L. Haeberlein, E. Hägel (Fotos), G. Jakobi,
D. Krank, K. Siebert, A. Spahn, R. v. Savigny (Lektur)
Auflage: 1300 Stück, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.
Druck: Dimetra gemeinnützige GmbH, Straubing

Alle Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.